



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz, Johann Häusler, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Ungleichgewicht der Kräfte in der Lebensmittelkette beenden – Vorschlag der Europäischen Task Force Agrarmärkte unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sowohl im Bund als auch auf europäischer Ebene die Vorschläge der „Agricultural Markets Task Force“ (AMTF) zur Stärkung der Marktposition der Landwirte zu unterstützen und sich für eine EU-Gesetzgebung gegen ungerechte Handelspraktiken einzusetzen.

Begründung:

Im Januar 2016 wurde von der Generaldirektion Landwirtschaft der EU-Kommission eine Expertengruppe „Agricultural Markets Task Force“ (AMTF) bestellt, deren Aufgabe es war, das Ungleichgewicht der Kräfte in der Lebensmittelkette zu überprüfen und gegebenenfalls Lösungsansätze aufzuzeigen. Die Expertengruppe unter der Leitung des ehemaligen holländischen Agrarministers Cees Veerman kam zu dem Schluss, dass freiwillige Regelungen nicht ausreichen würden, um unfaire Handelspraktiken in der Nahrungsmittelkette zu unterbinden. Das AMTF macht konkrete Vorschläge um die Marktposition der Landwirte zu stärken. Unter anderem sollen unfaire Handelspraktiken verboten werden und eine Schiedsstelle eingesetzt werden, die auch Sanktionen verhängen darf. Die Einführung einer verbindlichen Preisberichterstattung soll die Markttransparenz verbessern. Eine weitere Forderung der AMTF ist die Ausnahme von kartellrechtlichen Vorgaben für Erzeugerorganisationen die Produkte gemeinsam verkaufen wollen sowie eine Verbesserung des Zugangs zu Kapitalmitteln für Landwirte.

Deutschland hat sich im EU-Agrarrat jedoch gegen eine EU-Rahmengesetzgebung und für die Beibehaltung von freiwilligen Regelungen ausgesprochen. Dieses Vorgehen verhindert, dass die Stellung der Landwirtschaft in der Lebensmittelkette nachhaltig gestärkt wird und Landwirte für ihre Produkte einen fairen Preis erhalten.